Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 29.11.2007 um 18.40 Uhr im Historischen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Stocker (für Stadtrat Weiglein)

Stadtrat Schardt

Bürgermeister Böhm (für Stadtrat Rank)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Heisel

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller

Stadtrat Schmidt

Stadträtin Richter (für Stadtrat May)

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

AG Gold/ödp

2. Bgmin. Gold

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner (bis Ziffer 2) Herr Blank (Büro Rembold), Ziffer 3

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Konrad

Stadtrat Mahlmeister

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Weiglein

Stadtrat Rank Stadtrat May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Sportlerehrung

Mit 13: 0 Stimmen

Mit den Vorschlägen des Stadtverbandes für Leibesübungen für die Sportlerehrung 2007 besteht Einverständnis.

2. <u>Tierheim Kitzingen</u>

Mit 13: 0 Stimmen

- 1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den vorliegenden Vertrag mit dem Tierschutzverein Kitzingen Stadt und Landkreis e.V. zu unterzeichnen, wodurch der Zuschuss der Stadt Kitzingen von 1.499 € um 2.673 € auf 4.172 € pro Jahr steigt.
- 3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Logistikzentrum Netto"
 - Hier: Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und
 - Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) gem. § 4 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom 18.10.-02.11.2007
 - Auslegungsbeschluss

Mit 11: 2 Stimmen

- 1. Vom Sachvortrag mit Anlagen und dem mündlichen Vortrag des Büros Rembold wird Kenntnis genommen.
- Es besteht Einverständnis mit den Abwägungsvorschlägen der Anlage 1 zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Beteiligung der TöB gem. § 4 Abs. 1 BauGB für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Logistikzentrum Netto".
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Planungsbüro die geringfügig angepasste Planung i.d F. v. 12.11.07 mit Begründung und sonstigen Anlagen öffentlich auszulegen mit nochmaliger Beteiligung der TöB. Die Ergebnisse sind anschließend dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung wieder vorzulegen.
- Natur in Kitzingen / Grün in Kitzingen
 Gestaltung für Linksabbiegestreifen der B 8 (Bereich Siedlung)
 Erhöhung der Baukosten
 - A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf die Sitzungsvorlage ein und stellt dar, dass nach der Beschlussfassung des Stadtrates am 18.10.2007 nach einer hausinternen Besprechung festgestellt wurde, dass die Baukosten für die Begrünung der Linksabbiegerspur sich erhöhen werden. Weiter berichtet Berufsmäßiger Stadtrat Groß, dass die Begrünung des Mittelstreifens mit den Rettungsdiensten durchgesprochen wurde und diese Maßnahme aufgrund möglicher Behinderungen nicht befürwortet werde.

 Stadträtin Wallrapp spricht sich gegen die erneute Vorlage aus, ist aber der Auffassung, dass die Seitenstreifen des Eingangsbereichs begrünt werden sollten.

 Stadtrat Popp spricht sich ebenfalls aufgrund der Kostensteigerung gegen den Beschlussentwurf aus.

<u>Stadtrat Müller</u> ist der Auffassung, dass diese Möglichkeit, mit der Verkürzung der Linksabbiegerspuren eine Begrünung des Mittelstreifens zu erreichen, sinnvoll gewesen wäre, jedoch aufgrund der gegenwärtigen Kosten er es nicht befürworte. <u>Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene</u> spricht in diesem Zusammenhang einen Antrag der SPD bezüglich Verwendung eines lärm mindernden Straßenbelags an und fragt nach, ob dies bereits mit dem Straßenbauamt durchgesprochen sei.

<u>Stadtrat Müller</u> befürwortet diesen Antrag und bittet zukünftig bei allen Straßenbaumaßnahmen in Wohngebieten diesen Asphalt zu verwenden.

<u>Berufsmäßiger Stadtrat Groß</u> erklärt, dass man dies mit der Straßenbauamt in Bezug auf diese Maßnahme ansprechen werde und gibt zu Bedenken, dass der sog. "Flüsterasphalt" wesentlich teurer und nicht so lange haltbar sei. Außerdem habe er einen größeren Pflegeaufwand.

B. Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Moser gibt den Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktion und Gruppen.

5. Haushaltsüberschreitung

Ohne Abstimmung

Es wird zustimmend davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2007 eine Haushaltsüberschreitung bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsan- satz	Überschrei- tungsbetrag
<u>VmHh:</u> 0600 9634	Einrichtungen für die gesam- te Verwaltung; Sanierung WC´s Rathaus	0,00€	18.000,00 €

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgte durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 2121 9451 - D.-Paul-Eber-Schule; Erweiterungs-, Um- und Ausbau Maßnahme; Sanierung, Brandschutz.

6. Spielplatz "Buddental" - Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

Es besteht Einverständnis mit folgender Vorgehensweise:

Der Auftrag für die Lieferung der Spielgeräte wird vergeben.

Die Montage der Spielgeräte sowie die Gestaltung des Spielplatzes erfolgt durch den Städtischen Bauhof.

7. Spielplatz "Hammerstielweg" - Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

Es besteht Einverständnis mit folgender Vorgehensweise:

Der Auftrag für die Lieferung der Spielgeräte wird vergeben.

Die Montage der Spielgeräte sowie die Gestaltung des Spielplatzes erfolgt durch den Städtischen Bauhof.

8. Ersatzbeschaffung Ford Doppelkabiner für Friedhofsschaffner

Ohne Abstimmung

Es wird davon Kenntnis genommen, dass ein Auftrag zur Beschaffung (Ersatzbeschaffung) eines Doppelkabiners für die Friedhofsschaffner vergeben wurde.

Städtischer Waldbesitz Ausschreibung Durchforstung

Ohne Abstimmung

Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Auftrag für die Holzernte- und Holzrückarbeiten im Stadtwald vergeben wurde.

Stellungnahme von 2. Bürgermeisterin Gold Auftragsvergabe bzgl. Spielplätze in nichtöffentlicher Sitzung

2. Bürgermeisterin Gold verweist auf die Auftragsvergabe hinsichtlich der Spielplätze im Buddental bzw. Hammerstielweg und äußert ihren Unmut darüber, dass diese ohne eine vorherige öffentliche Beratung, wo der Grundsatz hätte diskutiert werden müssen, in nichtöffentlicher Sitzung vergeben wurde. Weiter äußert sie ihren Unmut, dass das Gremium den Vorschlag, den Punkt abzusetzen und sich über generationsübergreifende Spielgeräte, die ihrer Auffassung nach bei der Neuanlegung eines Spielplatzes sinnvoll seien, Gedanken zu machen, abgelehnt habe.

<u>Stadtrat Müller</u> ergänzt, dass er zwar eine zeitnahe Umsetzung der Spielplätze wünsche, jedoch die Verwaltung bis zum nächsten Finanzausschuss hätte eruieren können, mit welchen generationsübergreifenden Spielgeräten man den Spielplatz hätte erweitern können.

<u>Stadtrat Schmidt</u> bittet, dass man das Vorgehen hinsichtlich der Auftragsvergaben (nichtöffentlich – öffentlich) nochmals überdenkt, da dies in anderen Kommunen anderes gehandhabt werde.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass sie sich nochmals damit auseinandersetzen werde.

11. <u>Schaffung einer Friedwiese im Neuen Friedhof</u> <u>Urnenerdgräber im Alten Friedhof an der Mauer</u>

Mit 12: 1 Stimmen

- 1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2. Mit der Schaffung einer Friedwiese im Neuen Friedhof (s. Lageplan) mit einem Kostenaufwand von ca. 5.000,-- € auf der Grundlage der Kostenberechnung des Stadtbauamtes besteht Einverständnis.

Das Stadtbauamt wird beauftragt die entsprechenden Ausschreibungen vorzunehmen.

3. Es wird davon Kenntnis genommen, dass im Alten Friedhof aufgelassene Grabstellen an der Mauer für Urnenerdbestattungen zur Verfügung gestellt werden. Die Anlage und Pflege der Grabstellen erfolgt durch die Stadt.

12. Errichtung einer Urnenanlage in der Siedlung

A. Rechtsrätin Schmöger geht auf den Sachverhalt hinsichtlich der Errichtung einer Urnenanlage in der Siedlung ein und stellt dar, dass eine Urnenanlage in der Siedlung vom Grunde her möglich wäre. Weiter geht sie auf das nötige Verfahren ein und erklärt, dass diese Urnenanlage als Friedhof gewidmet werden müsste. Sie erklärt, dass die Parksituation problematisch sei und auch deshalb einige Anlieger gegen eine Urnenanlage seien. Abschließend geht sie auf die Kosten ein und stellt dar, dass die Errichtung der Urnenanlage ca. 41.000 € kosten würde.
Stadtrat Mahlmeister als Friedhofsreferent erklärt, dass eine Urnenanlage an dieser Stelle nicht umzusetzen sei und er sich deshalb dagegen ausspreche.
Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Urnenanlage und kommen überein, dass diese an diesem Standort auch aufgrund der Bedenken der Anlieger nicht umzusetzen sei. Sie befürworten, dass man in einer Anliegerversammlung das Verfahren sowie verschiedene alternative Standorte darstellen sollte, um zu einem Bestattungsangebot in der Siedlung zu kommen, welches mehrheitlich als Notwendig angesehen wird.

B. Mit 0: 13 Stimmen

- 1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2. Mit der Errichtung einer Urnenanlage in der Siedlung (Kriegerdenkmal/Texasweg) vorbehaltlich der Prüfung der öffentlichen Belange und des positiven Abschlusses des Baugenehmigungsverfahrens besteht Einverständnis.

13. Erweiterung der Urnenanlage im Neuen Friedhof

Mit 11: 2 Stimmen

- 1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2. Mit der Erweiterung der bestehenden Urnenanlage im Neuen Friedhof um einen weiteren Block mit 30 Urnennischen mit einem Kostenaufwand von ca. 33.000,-- € besteht Einverständnis.

3. Das Stadtbauamt wird beauftragt die entsprechenden Ausschreibungen vorzunehmen.

14. Erneuerung von sechs Buswartehäuschen im Stadtgebiet Kitzingen

A. <u>Berufsmäßiger Stadtrat Groß</u> geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass grundsätzlich Ausbesserungsarbeiten seitens der Regierung nicht förderfähig seien, das Landratsamt jedoch die Stadt unterstützend zur Seite stehe, damit die Regierung einen Zuschuss für die Nachrüstung gebe. Bislang liege keine Zusage von der Regierung vor.

<u>Stadtrat Müller</u> stellt fest, dass laut des Beschlussentwurfs die Angelegenheit nicht abgeschlossen werde, wenn der Zuschuss der Regierung ausbleibe, worauf <u>Berufsmäßiger Stadtrat Groß</u> erklärt, dass dann der Punkt nochmals vorgelegt werden müsste.

<u>Stadtrat Müller</u> ist der Auffassung, dass die Ausbesserungsarbeiten an den Buswartehäuschen in jedem Fall getätigt werden müsste, auch wenn der Zuschuss von der Regierung ausbleibe und bittet um neutrale Abstimmung.

<u>Stadtrat Heisel</u> stimmt unterstützend zu, dass die Buswartehäuschen – auch ohne einen Zuschuss durch die Regierung – ausgebessert werden müssten. Neben den im Sachvortrag genannten Häuschen sollen seiner Auffassung nach auch die in der Ernst-Reuter-Straße sowie in der Liegnitzer Straße mit erledigt werden.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu und erklärt, dass die Umsetzung nicht von der Förderung abhängig gemacht und diese nochmals mit der Regierung besprochen werde.

B. Mit 13: 0 Stimmen

- 1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2. Die Erneuerung der Buswartehäuschen am
 - Hindenburgring Süd (B 8), gegenüber Altem Krankenhaus
 - Mainbernheimer Straße (B 8)/Königsberger Straße
 - Mainbernheimer Straße (B 8)/Texasweg
 - Mainbernheimer Straße (B 8)/Böhmerwaldstraße
 - Mainbernheimer Straße (B 8)/Egerländer Straße
 - Königsberger Straße am Hochhaus
 - Liegnitzer Straße/Ernst-Reuter-Straße

werden schnellstmöglich vorgenommen.

Die Ausführung erfolgt vorbehaltlich der Förderung durch die Regierung von Unterfranken.

- 3. Die Kosten in Höhe von ca. 80.000 € sind in den Haushalt 2008 einzustellen.
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderung mit der Regierung von Unterfranken abzuklären.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr.